

Über die Pläne berichtete die „Krone“ erstmals vor knapp zwei Jahren: Im Zuge der Sanierung der privaten Pädagogischen Hochschule soll am Linzer Freinberg der „Campus 7 für Bildung, Wissenschaft und Soziales“ entstehen. Der Standort der Diözese Linz, der sich der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer widmet, soll dadurch abgesichert werden. „Durch die Integration der Schulen für Sozialbetreuungsberufe der Katholischen Universität sowie des Kirchenmusik-Konservatoriums entsteht an diesem Standort ein übergreifender Bildungscampus, an dem die Ressourcen gebündelt werden“, heißt es vom Land Oberösterreich, das für das Projekt viel Geld in die Hand nimmt.

Aus dem Bildungs- und Sozialressort kommen 35,5 Millionen Euro für das insgesamt 105 Millionen schwere Projekt, dessen Bau 2027 beginnen soll. Den Beschluss dazu fällt die Landesregierung am Mittwoch am Rande des Budgetlandtags, wobei SPÖ-Landesrat Martin Winkler seine Zustimmung verweigerte – was die ÖVP sehr kritisch sieht.

# 35 Millionen € für Campus, Kürzung bei Bildungskonto

Land OÖ zahlt bei 105 Millionen Euro schwerem Projekt am Linzer Freinberg mit; gleichzeitig weniger Mittel für Weiterbildungskurse.



Der Baubeginn für den neuen Campus in Linz soll 2027 erfolgen.

Foto: Atelier Thomas Pucher

**Der Landesbeitrag ist eine klare Investition in die Chancen unserer Kinder und in die Fachkräfte, die wir dringend brauchen.**

Landeshauptmann  
Thomas Stelzer, ÖVP



Foto: Markus Wenzel

**Der neue Campus schafft zeitgemäße Bedingungen für Studium und Pädagogik und hebt die Qualität der Ausbildung.**

LH-Vize Christine  
Haberlander, ÖVP



Foto: Markus Wenzel

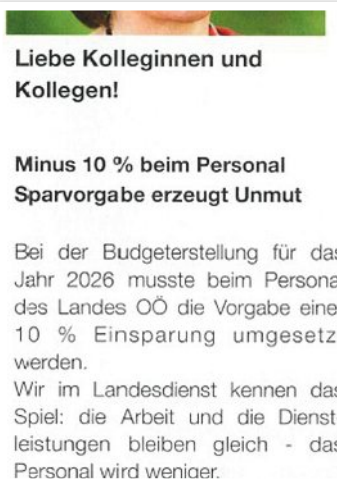
Apropos Kritik: Beschlossen wurde auch, die Mittel fürs OÖ Bildungskonto um eine Million Euro zu kürzen. Einerseits wird die Laufzeit, in der Anträge gestellt werden können, um zwei Jahre verlängert, andererseits sind etwa Sprachkurse nur noch im beruflichen Zusammenhang förderfähig. Die SPÖ kündigt nun Anfragen an. RL

## Böses Gerücht um 1000 Jobs beim Land

Rote Gewerkschafter sprechen von großem Personalabbau, ÖVP kontert.

In den Amtsgebäuden der oberösterreichischen Landesregierung wird darüber derzeit intensiv und mit großer Sorge diskutiert: In einem Schreiben der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (siehe Ausriß rechts) heißt es, dass im kommenden Jahr beim Personal des Landesdienstes zehn Prozent eingespart werden müssen. Seither haben die schwarzen Gewerkschafter der Fraktion

ÖAAB/FCG alle Hände voll zu tun, um diese Behauptung zu widerlegen. Bei einem Personalstand von etwa 10.000 Mitarbeitern müssten laut roter Erzählung demnach 1000 Landesbedienstete gehen. In Wahrheit sehe die Sache aber etwas anders aus, wie in der Zentrale der Landes-ÖVP betont wird. Richtig sei, lässt Landesparteiensekretär **Florian Hiegelsberger** ausrichten, dass beim Personal-



ROBERT LOY

**Oberösterreich Inoffiziell**

© Das Rundschreiben der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter wird intensiv diskutiert.

budget zehn Millionen Euro eingespart werden. Unbestritten ist auch das eine riesige Summe, diese Reduktion sei allerdings durch die Straffung von Abläufen und

Abschaffung von nicht mehr benötigten Dienststellen möglich (Stichwort Digitalisierung). Es geht um 107 Posten, die nicht mehr nachbesetzt werden sollen.